

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Erziehungen nehmen die Rechte, und die Anwärter die Posten entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Abdruckung der Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 139

Donnerstag, den 11. Juli 1929

24. Jahrgang

### Die deutsche Wehrmacht

Eine Rede des Reichswehrministers

Reichswehrminister Groener besuchte vor einigen Tagen die Marineschule Mürwik, wo er eine längere Ansprache hielt. Er sprach seine Anerkennung für die Leistungen von Lehrern und Schülern aus und sagte unter anderem:

In der Sage, in der wir uns befinden, genügt es nicht, nur eben ein Durchschnittsoldat zu sein. In unserer Sage wird von jedem einzelnen gefordert, daß er ein ganzer Soldat sei, ohne Schwächen, leistungsfähig über das hinaus, was etwa anderswo geleistet wird. Und so ist

die Lebensaufgabe des deutschen Offiziers

in der heutigen Zeit überaus schwierig, weil eben Leistungen von ihm verlangt werden und Anforderungen an ihn herantreten, die höher sein müssen als vor dem Kriege. Sie alle wissen, unter welchen Pressen unter welchen niederstemmetenden Beschränkungen wir leben müssen, daß wir vieles nicht haben können, was notwendig ist für eine moderne Wehrmacht. Aber eines können wir haben, das ist die Ueberlegenheit des Geistes, die Ueberlegenheit des Willens und die Ueberlegenheit des Charakters.

Die Grundgesetze des Soldatentums

sind von altersher die gleichen. Und so ist niemals ein scharfer Schnitt zu machen zwischen Vergangenheit und Gegenwart, niemals ein Schnitt zu machen zwischen Altem und Neuem. So manche glaubten, einen solchen Schnitt machen zu können zwischen der Wehrmacht, die vor dem Weltkrieg bestanden hat, und der Wehrmacht von heute. Das ist unmöglich. Aber wir brauchen eine Synthese zwischen Vergangenheit und Zukunft. Wir brauchen eine organische Verbindung zwischen dem, was war, und dem, was werden soll. Man nennt diese Verbindung Tradition. Mit diesem Wort wird häufig Unfug getrieben.

Falsch ist,

an Neuheiten der Vergangenheit hängen zu bleiben, falsch ist, an veralteten Formen und an veralteter Ausbildung sich festzuklammern, falsch ist, veraltete Gebräuche, wenn sie noch so liebenswert in der Vergangenheit waren, in die Zukunft mit hinüberzunehmen, falsch ist, die Vergangenheit im Uebermaß zu feiern und damit der Zukunft das Recht auf neues Leben zu bestreiten.

Wenn wir die Tradition richtig pflegen wollen, so müssen wir vor allem eins befehlen: Es muß das Sehnen nach geistiger Freiheit in uns lebendig sein; nur dann werden wir die Vergangenheit so beurteilen können, so schätzen lernen, wie es nötig ist, um für den Fortschritt zu arbeiten. Die geistige Freiheit hat niemand besser erkannt und geschätzt als

Friedrich der Große,

wie überhaupt unser ganzes militärisches Fühlen und Denken auf Friedrich den Großen zurückgeht, ganz abgesehen von den Lehren der Kriegskunst, in denen der Alte Fritz ein nicht übertroffener Meister war. Die geistige Freiheit muß uns davon bewahren, daß wir nicht nur auf dem Gebiet der Ausbildung und der Weiterentwicklung der Formen des Geschlechtes hemmt sind, sie muß uns auch weiterbringen als Menschen. Diese geistige Freiheit, die man im Mittelalter mit Humanismus bezeichnet hat, muß auch in unseren Herzen und in unseren Köpfen so wirken, daß wir das Menschliche in uns pflegen und fördern.

Der Minister begründete hierauf die Bedeutung der militärischen Führerpersönlichkeit aus der Geschichte und fuhr dann fort:

Das alte Heer und die alte kaiserliche Marine

waren wunderbare Kriegsinstrumente. Das Heer, das 1814 über den Rhein zog, war in einer solchen Bewehrung, daß mit ihm alles zu schaffen war, und von der alten kaiserlichen Marine habe ich auch die feste Ueberzeugung, daß mit dieser Truppe der „Teufel aus der Hölle“ zu holen war. Aber, schwere Irrungen und Wirrungen der Führung sind den Leistungen der Truppen nicht gerecht geworden. So gehen heute die Verbindungen der Tradition zurück in allererster Linie auf die Truppe, auf die glänzende Truppe, die 1914 aufgebildet wurde. Und wenn wir uns

die Eigenschaften der Truppe von damals

vor Augen führen, so stehen oben: Gehorsam, Selbstaufopferung, Kameradschaft, Staatsgefinnung, Dienst am ganzen Volke und Vaterland! Diese Eigenschaften wollen wir uns bewahren

als ein teures Vermächtnis der dahingegangenen alten Wehrmacht.

Der jungen Wehrmacht obliegt aber noch eine ganz besondere Verpflichtung der Tradition. Wenn heute auf diesem Hause neben der Kriegsflagge Schwarz-weiß-rot die neue Reichsflagge weht, Schwarz-rot-gold, so soll das bedeuten, daß die beiden zusammengehören, daß nicht ein Wegesatz besteht, daß nicht daraus geschlossen werden kann, die Wehrmacht ist etwas anderes als das Reich, ist etwa ein Staat im Staate.

Die Wehrmacht ist nichts als ein Teil, ein wichtiger Teil des ganzen Volkes

und ist das Machtinstrument der Deutschen Republik, an dem von keiner Seite gerüttelt werden darf. Wenn die Flaggen oben friedlich zusammenwehen, so bedeutet das die Verbindung der Vergangenheit mit der Zukunft und, zwar die Verbindung einer Vergangenheit

nicht etwa nur von 1914 und kurz vorher über den Bergangeneit seit 1870, sondern es bedeutet die Verbindung mit einer sehr viel früheren Bergangeneit. Denn

die Farben Schwarz-rot-gold haben eine sehr viel längere Bergangeneit als die Schwarz-weiß-rot.

Das müssen wir uns immer wieder vor Augen halten! Insbesondere hier in Schleswig-Holstein muß es einem ja entgegnet werden, daß der erste Befreiungskampf von Schleswig-Holstein Kattand unter dem Platten von Schwarz-rot-gold. Und noch weiter zurück gehen die Farben auf die alten Burkschenschaften, auf die Bülowischen Jäger, ja, letzten Endes bis auf die Hofstaufen in den Farben Schwarz und gold. Es ist in diesen Farben ein Vermächtnis aus uralter Zeit zu sehen. Wenn wir nun in Erinnerung an die Einigung des deutschen Volkes und an die Waffentaten der alten Wehrmacht in unserer Kriegsflagge die Farben Schwarz-weiß-rot führen dürfen, so entsteht daraus für uns Soldaten die ganz besondere Verpflichtung, auch die Farben der Deutschen Republik hochzuhalten, der wir Treue geschworen haben.

### Das Mißtrauensvotum nicht angenommen

Die Aussprache im Landtage über die Regierungserklärung

Der Landtag trat in seiner gestrigen Vollziehung in die Aussprache über die Regierungserklärung des Kabinetts Büniger ein. Das Haus und die Tribünen waren außerordentlich stark besetzt im Hinblick auf die bevorstehende Abstimmung über das kommunalistische Mißtrauensvotum gegen die Regierung. In den Verhandlungen kursierten die verschiedensten Gerüchte, von der Prognose des sofortigen Sturzes des Ministeriums bis zu den Hoffnungen auf Erlangung einer positiven Vertrauensfundgebung durch Ablehnung des Mißtrauensantrages mit mehr als 49 Stimmen. Tatsächlich scheint das Schicksal des Kabinetts bis in die letzten Stunden vor Beginn der entscheidenden Sitzung zweifelhaft gewesen zu sein. Da bei Beginn noch keinerlei sichere Mitteilungen über die Haltung der Aufwertungspartei und der Mißtrauenspartei vorlagen, bemühtigte sich das Haus naturgemäß eine besondere Spannung.

Landtagspräsident Wedel teilte zu Beginn mit, daß der Abg. Liebmann erkrankt und deshalb entschuldigt sei. Damit löste sich die Spannung bereits etwas, da die Majorität von 49 Stimmen, die das Mißtrauensvotum auf sich vereinen muß, angenommen zu sein, durch das Fehlen dieses einen Abgeordneten naturgemäß in weite Ferne rückte.

Abg. Böchel (Soz.)

führte als erster Redner aus: Wohl nie ist ein Ministerium unter so eigenartigen Umständen ins Leben getreten, wie das Kabinett Büniger. Schon die Rechtmäßigkeit der Wahl des Ministerpräsidenten ist angefochten worden, und zwar von zwei bisberigen aktiven Ministern und Angehörigen der bisherigen Regierungskoalition. Man hat das seltsame Schauspiel erleben müssen, daß zwei Ministerpräsidenten sich als rechtmäßig gewählt betrachteten, und ebenfalls zwei Justizminister als rechtmäßig ernannt. Und um die Komödie vollständig zu machen, ist auch in Weizen ein kleiner Nebenkönig auf dem Reichener Schützenfeste als Wirtschaftsminister aufgetreten. Sieht man sich das Kabinett an, so muß man an die Worte des Dichters denken: „Ihr habt Euch, schwankende Gestalten.“ Auch die Bezeichnung als Sachministerium ist nicht zutreffend. Das Volksbildungsministerium und das Präsidium liegen in den Händen Dr. Bünigers, das heißt, den Bod zum Gärtner machen. Schuld daran, daß diese reaktionäre Regierung überhaupt zustande gekommen ist, tragen die Kommunisten, die durch Abgabe der weißen Stimmzettel die Wahl Dr. Bünigers überhaupt erst ermöglicht hatten. (Stürmische Proteste der Kommunisten.) Dies ist gar nicht zu bestreiten, denn wenn die Kommunisten einen ihrer Leute gewählt hätten, meinetwegen Max Böhl (fallende Heiterkeit), so wäre wenigstens das Zustandekommen einer reaktionären Regierung verhindert worden (Sehr richtig!) Zu besonderer Heiterkeit gab die Mitteilung des Redners Anlaß, daß

Herr von Müde erneut ein Schreiben an die sozialdemokratische Fraktion gerichtet hat, und zwar mit ausdrücklicher Zustimmung der Reichsleitung der nationalsozialistischen Partei.

Das ganze Kabinett trägt, so fuhr der Redner fort, den Keim des Unterganges in sich, es verfügt über keine Mehrheit. Die Sozialdemokratie steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß sie keineswegs grundsätzlich eine Koalition ablehnt, sondern den Zeitpunkt noch nicht für gekommen sieht. Aber auch die Minderheit innerhalb der Fraktion, jene 17, die sich für sofortige Bildung einer Koalitionsregierung ausgesprochen haben, denken nicht daran, einen Disziplinbruch zu begehen. Gegen den Finanzminister, der seine Stellung benützt hat, um durch ungerechtfertigte Zuwendungen die Taschen seiner Parteigenossen zu füllen, hat die sozialdemokratische Fraktion das stärkste Mißtrauen. Sie wird infolgedessen auch für das Mißtrauensvotum stimmen.

Finanzminister Weber

nimmt Bezug auf die Äußerung des Vorredners, daß er — Weber — es sehr gut versteht, auf Kosten des Staates und des Volkes den Säckel seiner Partei zu füllen. Eine derartige Unter-

stellung müsse als eine Ungehörlichkeit auf das schärfste zurückgewiesen werden, und er wolle annehmen, daß es sich nur um eine rednerische Entgleisung handle. (Zuruf bei den Soz.: Denken Sie doch an die Stundungsverordnung!)

Abg. Renner (Komm.)

erging sich in langen polemischen Ausführungen gegen die Sozialdemokraten und versuchte eine Art Rückzugsgesicht gegenüber der Feststellung, daß die Kommunisten durch Abgabe der weißen Stimmzettel die Wahl Dr. Bünigers als Ministerpräsident ermöglicht haben. Er bezeichnete die Politik der Nationalsozialisten als demagogische Heuchelei. Die Vorwürfe des Abg. Böchel gegen den Finanzminister wären voll und ganz aufrecht zu erhalten.

Abg. Dr. Blüher (D. Vp.):

Rein Vorredner hat behauptet, daß jetzt allgemein die Gültigkeit der Ministerpräsidentenwahl angezweifelt werde. Nicht bloß die Geschäftsordnung des Landtages legt es fest, sondern die allgemeine Auffassung geht ganz zweifellos dahin, daß weiße Stimmzettel ungültig sind und bei Berechnung der Mehrheit nicht gezählt werden, und die Geschäftsordnung zahlreicher weiterer Parlamente bringen die gleiche Feststellung, ebenso das Handelsrecht. Ich möchte damit das Märchen von der Rechtsungültigkeit der Wahl auf die Vogelwiese derweilen. (Heiterkeit.) Was die Regierungserklärung angeht, so hat der Abgeordnete Böchel gesagt, daß die Regierung keine feste Mehrheit hinter sich habe. Daß sie mit einer Minderheit arbeiten muß, ist die Folge der Zersplitterung der Fraktionen. Wir werden in manchen Fragen nicht übereinstimmen, z. B. im Hinblick auf den Young-Plan, daran aber wird die Zusammenarbeit nicht scheitern. Wir meinen, daß der Young-Plan angenommen werden kann, wenn gleichzeitig die Räumung der Rheinlande, die Lösung der Pfälzer und des Saarproblems kommen. Andere meinen, man solle nichts unterschreiben, von dem man wisse, daß es nicht zu halten sei. Darüber läßt sich sprechen, hier zeigt sich schließlich die Berechtigung der nationalen Opposition. Auf die Frage des Abgeordneten Böchel, was die Regierung gegen die Lohnungsnot, für die Minderbemittelten und die Kleinrentner und die Arbeitslosennot zu tun gedenkt, ist einfach zu antworten: Sie wird mindestens dasselbe tun, was die Reichsregierung im Reiche und die preussische Regierung in Preußen tut. (Sehr gut!) Abgeordneter Böchel hat dann die Reform der Arbeitslosenversicherung behandelt. Wir sind der Meinung, daß der Landtag sich nicht allzuweit mit der Reichspolitik beschäftigen sollte. Von diesem Standpunkte aus begrüßen wir es, daß bei der Auswahl der Minister die Parteipolitik wesentlich zurückgedrängt worden ist. Weiter begrüßen wir es, daß durch Uebernahme des Volksbildungsministeriums durch den Ministerpräsidenten ein Minister eingepart werden konnte. Die Hauptaufgabe Deutschlands ist jetzt die Reichsreform, und darum freuen wir uns, daß sich bereits diese Regierung an den Arbeiten der Länderkonferenz praktisch beteiligen könnte und daß sie bei der Schlussabstimmung am Sonnabend nicht an der Seite Bünigers stand. Das ist eine Tat, die dem Ministerpräsidenten hoch angerechnet werden muß. Es ist gesagt worden, das Kabinett Büniger werde nicht lange leben. Nun, gerade Regierungen, denen man ein baldiges Ende prophezeit, haben oftmals ein sehr langes Leben gehabt. Wir werden immer daran festhalten, daß die Politik die Kunst des Möglichen ist, und wir werden nur kleine Zusagen machen, diese aber halten.

Abg. Dr. Wilhelm (W.-V.):

Man muß der Partei, die sich in etwas übereilter Weise für das Kabinett Büniger eingesetzt hat, auch die Verantwortung für die daraus entstehende Lage überlassen. Meine Partei wird gegen das Mißtrauensvotum stimmen und so lange hinter der Regierung stehen, wie der oft genannte Weg der Sparsamkeit nun auch wirklich beschritten wird. Das wichtigste ist, daß der Zinsfuß für landwirtschaftliche Darlehen in erträglichen Gren-